

Die Realität der Untersuchungshaftanstalt und deren Widerspiegelung in der »Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen«

Eine vom Berliner Senat (Kulturverwaltung) beauftragte Fachkommission legte im Januar 1995 einen »Abschlußbericht« dazu vor, ausgehend von den Ergebnissen der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«, die UHA des MfS Berlin-Hohenschönhausen zu einer »Zentralen Gedenkstätte für die Opfer politischer Verfolgung von 1945 bis 1989« zu gestalten. Dort solle das »System der politischen Verfolgung in der SBZ/DDR« dokumentiert und der Öffentlichkeit vermittelt werden. In der Konzeption der Kommission und dem sie ergänzenden Nutzungs- und Gestaltungskonzept werden – in Vollzug der politischen Vorgaben – folgende ideologische Prämissen fixiert (die sich auch in anderen »Gedenkstätten für die Opfer des Stalinismus« widerspiegeln):

– Die wichtigste, immer wieder als Leitgedanke vorgetragene und das Gesamtkonzept prägende konzeptionelle Aussage ist der Vergleich der DDR mit dem Naziregime (»Erblast zweier Diktaturen«). Demonstrativ werden »nationalsozialistisches« und »SED-Regime« miteinander verkoppelt. Bemerkenswert ist die Verbindung der »nationalsozialistischen Zeit« mit »vierzig Jahren DDR-Sozialismus«. Diese vorgegebene Betrachtungsweise läuft erkennbar darauf hinaus, die Verbrechen der Nazi-Diktatur zu bagatellisieren und dafür der DDR solche zu unterstellen.

– Ein zweites ideologisches Raster ist die Konstruktion von den angeblich »beiden Phasen« der »kommunistischen Gewaltherrschaft«. Einerseits gab es das sowjetische Internierungslager und das NKWD-Untersuchungsgefängnis, andererseits die Untersuchungshaftanstalten des MfS der DDR als »Fortführung des sowjetischen Repressionsstils«. Beides wird miteinander verknüpft. Ein Hauptanliegen besteht offenkundig darin, die Vorstellung zu suggerieren, daß das »GULag-System« auf dem Territorium der Sowjetunion sowie die sowjetischen Hafteinrichtungen einerseits und die Untersuchungs- und Strafvollzugseinrichtungen der DDR Teile eines einheitlichen Systems waren. Der GULag-Begriff firmiert gewissermaßen als gemeinsamer Nenner. Dieser Lesart entspricht auch eine ausgestellte Karte der DDR in der »Gedenkstätte«, auf der etwa ein halbes Hundert Orte markiert ist. Die Karte trägt den bezeichnenden Titel »Archipel GULag in der DDR«.

– Grundsätzlich wird die sowjetische Besatzungspolitik verfälschend ihres antifaschistischen Inhalts beraubt. Mit erstaunlich konfuse Darlegungen zum Inhalt der Beschlüsse und Direktiven der Alliierten über den von den Besat-

514

zungsmächten zu inhaftierenden bzw. zu internierenden Personenkreis und über den Charakter dieser Maßnahmen wird der Eindruck zu erwecken versucht, daß die sowjetische Besatzungsmacht sich nicht von den vereinbarten Kriterien habe leiten lassen. Maßnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht zur Realisierung der Festlegungen der Alliierten werden als »Terror der sowjetischen Geheimpolizei« und als Verfolgung von »Gegnern der Sowjetisierung« dargestellt.

– Wie selbstverständlich werden die historischen Realitäten, die aus der Politik der BRD gegenüber der DDR resultierten, komplett verschwiegen. Daß die Sicherheitspolitik der DDR über weite Teile ein Reflex auf die Bonner Politik war, wird ausgeblendet. Es gab demnach keinen Kalten Krieg, keine Spione, keine Sabotage, keine Einwirkungsversuche von außen. Jegliche Angaben zu den in den Untersuchungshaftanstalten des MfS tatsächlich Inhaftierten werden wohlweislich verschwiegen. Müßte dann doch eingeräumt werden, daß der Hauptteil der Beschuldigten solche Straftaten begangen hatte wie Spionage- und Agententätigkeit, Diversion und Sabotage, Menschenhandel, Schleusertätigkeit und andere Bandenkriminalität; Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit; terroristische Handlungen u. a. m. Stattdessen wird der Eindruck vermittelt, vom MfS seien ausschließlich Personen inhaftiert worden, die für die Sicherung der Macht des SED-Politbüros gefährlich waren oder gefährlich erschienen. Um nicht völlig unglaubwürdig zu erscheinen, wird lediglich erklärt: Agenten westlicher Geheimdienste habe es auch gegeben, vermutlich aber nur eine Minderheit. Zahlen und Fakten dazu werden nicht genannt. Sicherlich wird davon ausgegangen, wer die Definitionsmacht besitzt, kann sowieso Zahlen und Fakten nach seinen Vorstellungen interpretieren oder auch – eine

andere Methode – gleich gänzlich unterschlagen und weggelassen.

– Die politisch-psychologisch wichtigste ideologische Schablone ist die ständig mit absolutem Gültigkeitsanspruch wiederholte Behauptung, bei den Inhaftierten und Internierten habe es sich um »Opfer politischer Verfolgung von 1945 bis 1989« gehandelt. Das »Opfer«-Klischee findet seine psychologische und politische Ergänzung in dem »Opfer-Täter-Schema«. Entsprechend den politischen Vorgaben gelte es, über die »Leiden der Opfer« und die »Schuld der Täter« zu informieren. Es wird versucht, den Eindruck zu erwecken, daß es keine »richtigen« Ermittlungsverfahren gegeben habe. Die Rollenverteilung ist auch hier festgelegt: Ohne jede Ermittlung und Prüfung von Tatsachen und Umständen sind die Internierten und Beschuldigten, unabhängig von Rechtslagen und Tatbeständen, »Opfer«. Die Angehörigen des Untersuchungshaftvollzuges und die Untersuchungsführer sind

515

»Täter«, die ohne geringste Prüfung und rechtliche Wertung mit einer von vornherein feststehenden »Schuld« beladen sind.

– Schließlich wird das Schlagwort »Justizunrecht« bemüht. Direktiven des Alliierten Kontrollrates, Gesetze und Verordnungen haben demnach nur formale Bedeutung gehabt und wären in der Praxis nicht beachtet worden. Die Rechtsordnung der DDR wird als »Gegenbegriff« zu Rechtsstaat und Rechtssicherheit interpretiert. Die »Gedenkstätten« werden vom Schema der amtlichen Geschichtsdoktrin geprägt: Im Westen 40 Jahre Freiheit, Demokratie und Recht – im Osten dagegen 40 Jahre Unfreiheit und Unrecht. Diese politischen Vorgaben, ideologischen Leitbilder und Raster bestimmen das Anliegen, die Gestaltung und Tätigkeit, die informatorischen Materialien, den gesamten Charakter der »Gedenkstätten«, anderer gleichgelagerter Einrichtungen und Publikationen.

Wie der Vergleich von offiziellen Verlautbarungen und konzeptionellen Materialien, Präsentationen, Führungen und Publikationen zeigt, handelt es sich dabei vor allem um Propaganda, die politisch-ideologisch motiviert ist. Wenn die Ausstellung zu den Verbrechen der faschistischen Wehrmacht überarbeitet werden mußte, weil sich manche Bildunterschriften als nicht korrekt erwiesen, so ist bezogen auf die »Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen« zu konstatieren, hier sind nicht nur einzelne Bildunterschriften falsch, sondern die gesamte Ausstellung hat mit der Wahrheit über die DDR, das MfS, den Untersuchungshaftvollzug und die Untersuchungsorgane des MfS kaum etwas gemein.

Bei den Besuchern der »Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen« wird außerordentlich viel Mühe darauf verwendet, die Vorstellungen zu erwecken, daß es sich bei den UHA des MfS nicht um »normale« Untersuchungshaftanstalten gehandelt habe. Das Besondere dieser UHA läge in dem ausgefeilten System von Desorientierung, Isolation und Ohnmacht, das die Staatssicherheit gegenüber ihren Häftlingen praktiziert habe. Der Rundgang ist voll auf dieses Ziel abgestimmt. Das Ausgeliefertsein der Inhaftierten an den allmächtigen Staatsapparat in der Person des »Stasi-Wachpersonals und -Vernehmers« sei die prägende Erfahrung für das Leben in der UHA gewesen.

Geschickt wird der Umstand genutzt, daß die meisten Besucher in der Regel keine Vergleichsmöglichkeiten haben. Sie haben weder jemals »gesessen« noch eine bundesdeutsche Haftanstalt besuchsweise von innen gesehen. Haftanstalten sind nirgendwo auf der Welt Sanatorien. Es sind Orte, an denen ermittelt oder Strafe verübt wird. Die vorgeblichen »Schrecken der MfS-Hölle« werden in Schlagworte gefaßt: »Leben unter ständiger Beobachtung«, »er-

516

drückende Wiederholung ewig gleicher Abläufe«, »Langeweile-Leerlauf«, »Türspion«, »Türklappe« ...

Die Wahrheit wäre: Derartige Abläufe, Vorgänge, Bedingungen und Eindrücke gibt es überall in Untersuchungshaftanstalten.

Untersuchungshäftlinge sind besonders zu Beginn einer Inhaftierung solchen Belastungsfaktoren ausgesetzt wie Depression nach Festnahmestreß, Desorientierung, Perspektivlosigkeit, Anpassungsschwierigkeiten, Unsicherheit, besonders über die Verfahrenslage, die Reaktion in der Familie, im Arbeits- und Freundeskreis usw.

Die Durchsetzung einer »Schlafhaltung« während der Nachtruhe, bei der die Hände sich auf der Bettdecke befinden sollten, hatte vor allem den Sinn,

Suizid-Handlungen vorzubeugen. (In der UHA Berlin-Hohenschönhausen nahmen sich zwischen 1951 und 1989, also in fast vier Jahrzehnten, sechs Menschen das Leben. Zum Vergleich: In der Untersuchungshaft bei erwachsenen Männern in der Justizvollzugsanstalt Berlin-Moabit sind seit 1991 bis zum 16. November 2000 allein 28 Suizide zu verzeichnen gewesen. 15 von ihnen innerhalb der ersten vier Tage der Inhaftierung.¹⁵)

Ein Vergleich wäre auch dahingehend angebracht: Nach Angaben des Fernsehsenders ORB gelang im Land Brandenburg seit 1990 mehr als 100 Häftlingen der Ausbruch aus Vollzugseinrichtungen, in einer Reihe von Fällen bekanntlich mit schwerwiegenden Folgen. Aus der UHA Hohenschönhausen gelang das in vier Jahrzehnten einem Beschuldigten ...

Aus Gründen der Sicherheit und der Minimierung der Verletzungsgefahr für Inhaftierte wurden beim Neubau der Untersuchungshaftanstalten an Stelle vergitterter Fenster Glasbausteine eingesetzt. Diese Bauweise stimmt übrigens mit modernsten Erkenntnissen des Untersuchungshaftvollzugs in den USA und der BRD überein.

Als »Beweis«, daß es sich bei UHA des MfS nicht um »normale« UHA gehandelt habe, werden gleichermaßen auch andere Regelungen beim Vollzug der Untersuchungshaft angeführt, die von Beschuldigten als »Schikane« betrachtet wurden. So wurde z. B. durch die getrennte Zuführung von Beschuldigten zur Vernehmung verhindert, daß sich Beschuldigte begegnen konnten. Damit wurden eventuelle Verständigungsmöglichkeiten und damit Verdunklungsaktivitäten ausgeschlossen.

In das Konzept der systematischen Täuschung und Manipulierung der »Gedenkstätten«-Besucher paßt auch, daß man sich über »psychologische Vernehmungsmethoden« und oft »stundenlange Verhöre« entrüstet und letzteres als unmenschlich charakterisiert. Und das, obwohl es wohl kein Untersuchungsorgan geben dürfte, das auf die Anwendung psychologischer

517

Erkenntnisse bei der Vernehmung von Beschuldigten verzichten kann. Und wenn die Aufklärung von Straftaten ernsthaft betrieben wird, was normalerweise auch dazu beiträgt, die Zeit der Untersuchungshaft so kurz als möglich zu halten, erfordert das eben nicht selten auch längere Verhöre. (Vergleiche mit den heutigen Zeiten der Untersuchungshaft verbieten sich normalerweise von selbst, da sie unter DDR-Bedingungen zu den Ausnahmen gehörten.)

Insgesamt ist festzustellen, und das ließe sich auch durch weitere Beispiele erhärten, die UHA des MfS in Berlin-Hohenschönhausen wird in der »Gedenkstätte« bewußt isoliert betrachtet, so daß hinsichtlich allgemeiner Haftumstände, der konkreten Haftbedingungen und -vorschriften keinerlei sachbezogene Vergleiche vorgenommen werden – weder mit internationalen Normen, den anderen UHA in der DDR, noch mit den entsprechenden Bedingungen in der BRD. Dabei ist nicht unbedingt an Stammheim gedacht, sondern naheliegender beispielsweise an die Justizvollzugsanstalten im Westteil Berlins, die zugleich auch Untersuchungshaftanstalten sind, wie z. B. die JVA Berlin-Moabit.

Nirgendwo in der »Gedenkstätte« wird übrigens der Unterschied zwischen Untersuchungshaft und Strafvollzug erläutert, selbst vielen Mitarbeitern, die Führungen machen, ist dieser nach wiederholt getroffenen Feststellungen nicht bekannt.

Unter diesen Bedingungen, die durch viele weitere Fakten ergänzt werden könnten, ist kaum zu erwarten, daß damit ein Beitrag zur historischen »Aufarbeitung« der deutsch-deutschen Geschichte in ihren Zusammenhängen und Wechselbeziehungen geleistet wird.

Der Leiter der »Zentralen Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen«, Hubertus Knabe, erklärte 2001 bei seinem Amtsantritt, Hohenschönhausen sei »das Dachau des Kommunismus«.¹⁶ In kaum überbietbarer Infamie wurde damit ausgedrückt, welchen politischen Zielen diese Art von »Vergangenheitsbewältigung« dienen soll.

518